

# LIBERALE SENIOREN

## Nordrhein-Westfalen

### Erneute Kandidatur zum Bundestag

am 26.9. steht eine bemerkenswerte Bundestagswahl an. Selten zuvor war es so offen, wie eine mögliche Regierungskoalition aussehen wird. Ich möchte weiter für Freiheit, Vernunft und Verantwortung im Bundestag kämpfen.

Als Freie Demokraten setzen wir uns mehr als alle anderen Parteien für das freie Unternehmertum, gesicherte Arbeitsplätze und die soziale Marktwirtschaft ein! Wir wollen einen modernen und innovativen Staat! Die Coronakrise hat gezeigt, dass einiges nicht so gelaufen ist, wie wir es uns gewünscht hätten. Jetzt muss man die Wirtschaft wieder ankurbeln und langfristig Unternehmen und Arbeitsplätze, Bildungsangebote und Betreuungsplätze sichern. Ich möchte dafür Verantwortung übernehmen. Darum bewerbe ich mich noch einmal um das Vertrauen der Menschen und hoffe auf Ihre Unterstützung.

**Manfred Todtenhausen,  
MdB**



### Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,

vor einem Jahr beschloss der Vorstand der Liberalen Senioren NRW einen Antrag zur Aufhebung der Altersgrenzen bei Ehrenämtern. Daraus wurde ein Antrag beim Bundesparteitag der FDP mit dem Ergebnis, dass im Programm zur Bundestagswahl nun steht: „Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung diskriminierender Altersgrenzen. Gesetze und Satzungen mit beschränkenden Altersgrenzen sollen auf ihren möglichen diskriminierenden Charakter hin überprüft und eine Aufhebung oder Anpassung nach sach- und leistungsgerechten Kriterien vorgenommen werden.“

Schon im Mai d. J. hat die FDP-Fraktion einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der in dieselbe Richtung zielt. Darin heißt es, dass eine Umfrage aus dem Jahr 2015 ergeben hat, dass Diskriminierung aufgrund des Lebensalters weit verbreitet ist: „So gaben 15 Prozent der Befragten an, in den letzten 24 Monaten Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Bewertung als ‚zu jung‘ oder ‚zu alt‘ gemacht zu haben.“ Den Antrag finden Sie unter <http://bit.ly/19-29269>.

Kämpfen wir weiter dafür, dass bei Berufszulassungen, der Besetzung öffentlicher Ämter und im Ehrenamt nur kognitive und technische Fähigkeiten maßgeblich sind, nicht das Alter!

**Elmar Conrads-Hassel** Landesvorsitzender

## Für eine gesetzliche Aktienrente und einen flexiblen Renteneintritt

Die FDP will eine gesetzlichen Aktienrente einführen. Die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems soll auf zwei Pfeiler gestellt werden, um für Demographiefestigkeit zu sorgen und langfristig das Rentenniveau dort wieder zu steigern. Dabei wird derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet. Neu ist, dass neben dem größeren Betrag, der weiterhin in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, ein kleinerer Betrag von z. B. zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird.

Schweden macht uns seit Jahren vor, wie Aktien-Sparen auf diese Weise erfolgreich und risikoarm organisiert werden kann. Durch dieses Modell erwerben alle Beitragszahler, insbesondere auch Geringverdiener, echtes Eigentum für ihre Altersvorsorge und erhalten zukünftig höhere Altersrenten. Darüber hinaus soll auch das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisiert werden. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine höhere Rente. Wer das 60. Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt.

## Große Koalition ohne Plan für sichere Rente

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat Anfang Juni ein Gutachten zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung veröffentlicht. Er prognostiziert schockartig steigende Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2025.

Der arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Johannes Vogel, sagte dazu: „Das Gutachten stellt der Rentenpolitik der Großen Koalition ein vernichtendes Urteil aus. Dringendst notwendige Reformen wurden sehenden Auges nicht angegangen und der demografische Wandel aktiv verschlafen. Stattdessen wurde der Druck auf den Rentenkelch durch weitere Rentenpakete immer weiter erhöht. Das hat nichts mit finanzpolitischer Nachhaltigkeit zu tun, ist rentenpolitisch ideenlos und das Gegenteil von Generationengerechtigkeit. Stattdessen müssen wir bei der Rente endlich wieder in Jahrzehnten statt in Legislaturperioden denken. Dafür fordert die FDP-Fraktion eine gesetzliche Aktienrente nach schwedischem Vorbild, ein flexibles Renteneintrittsalter und eine zielgerichtete Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild. So machen wir unseren Sozialstaat endlich wieder zukunftsfit.“

## Keine Doppelbesteuerung von Renten

Der Bundesfinanzhof hat Ende Mai klargestellt, dass Rentner nicht doppelt besteuert werden dürfen. Erstmals legten die Richter dabei Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung einer doppelten Besteuerung fest. Die Bundesregierung ist nun gezwungen, gesetzliche Änderungen auf den Weg zu bringen, um die verbotene Doppelbesteuerung zu vermeiden. Bereits im März d. J. hatten die FDP-Fraktion im Bundestag folgenden Antrag gegen die Doppelbesteuerung von Renten gestellt: <http://bit.ly/19-27174>.

## Riester-Rente reformieren

Die Riester-Rente ist 2002 mit der richtigen Intention eingeführt worden, die private Altersvorsorge in Deutschland zu stärken. Aber die mangelnden Renditechancen haben zusammen mit der Komplexität der Zulagen und Steuervorteile längst zu einem Akzeptanzproblem geführt. Die Freien Demokraten haben die Bundesregierung daher aufgefordert, eine Reform auf den Weg zu bringen. Dabei müssten die Kosten und die Komplexität des Systems so verbessert werden, dass wieder mehr Menschen an dieser Form der privaten Altersvorsorge teilhaben wollen. Folgende Vorschläge hat die FDP-Fraktion dazu konkret gemacht: <http://bit.ly/19-29209>.